

Zwischen Konditionalität und Universalismus: Argumentations- und Einstellungsmuster zu sozialpolitischer 'Deservingness'

Tiede, Robert

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Tiede, R. (2019). Zwischen Konditionalität und Universalismus: Argumentations- und Einstellungsmuster zu sozialpolitischer 'Deservingness'. In K. Zimmermann, & J.-O. Heuer (Hrsg.), "Fördern und Fordern" im Diskurs: Einstellungen in der Bevölkerung zu Hartz IV und aktivierender Arbeitsmarktpolitik (S. 87-107). Opladen: Verlag Barbara Budrich. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-69596-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Zwischen Konditionalität und Universalismus

Argumentations- und Einstellungsmuster zu sozialpolitischer ‚Deservingness‘

von Robert Tiede

87

In der sozialwissenschaftlichen Forschung zur *deservingness* wird untersucht, welchen Gruppen anhand welcher Kriterien Ansprüche auf Leistungen des Sozialstaats zugeschrieben werden. Dabei stehen in der Regel die Kriterien *control*, *attitude*, *reciprocity*, *identity* und *need* (CARIN, van Oorschot 2000) im Mittelpunkt. Die vorliegende empirische Arbeit untersucht, welche zugrundeliegenden Werte und Einstellungen in Zusammenhang mit Zuschreibungen dieser *Deservingness*-Kriterien stehen. Dazu werden quantitative und qualitative Daten aus dem in der Einleitung zu diesem Band beschriebenen Deliberativen Forum genutzt und drei Typen abgeleitet: 1. Arbeits- und identitätsbezogene Konditionalist_innen, 2. (Linke) Konditionalist_innen mit Fokus auf *need* und *control* und 3. Universalist_innen. Es wird gezeigt, dass politische Einstellungen, die Vorstellungen zum Wert der Arbeit und Wohlfahrtschauvinismus im Zusammenhang mit den konkreten Vorstellungen zur *deservingness* und den einzelnen zugeschriebenen Kriterien stehen.

abstract

Schlagwörter

Sozialstaat; Wohlfahrtschauvinismus; Universalismus; Konditionalität; deservingness

Einleitung

Einstellungen der Bevölkerung zur Sozialpolitik spielen eine wichtige Rolle für die Legitimität demokratischer Programme und Prozesse. Ohne einen entsprechenden Rückhalt in der Bevölkerung lassen sich sozialpolitische Weichenstellungen kaum durchsetzen. Die sozialwissenschaftliche Einstellungsforschung hat sich diesbezüglich insbesondere Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen unter sozialpolitischen Aspekten gewidmet. Ein wichtiger Ansatz darunter ist die sogenannte *Deservingness*-Forschung. Quantitative Analysen zu den Einstellungen und Meinungen im Rahmen der *Deservingness*-Forschung wurden seit Wim van Oorschots Studie *Who should get what, and why?* (2000) in diversen Ländern und mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten veröffentlicht (vgl. Jeene et al. 2013; van der Waal et al. 2010; van Oorschot/Uunk 2007). Dabei wird in der Regel verhandelt, aufgrund welcher Kriterien welchen Sozialgruppen Ansprüche auf Leistungen des Sozialstaats zugeschrieben werden (*deservingness*). Wie sozialpolitische Einstellungen motiviert sind und begründet werden, wird allerdings kaum mit qualitativen Studien untersucht. Erst in jüngerer Zeit werden beispielsweise auch Deliberative Foren (DF) sowie Fokusgruppen- und Vignettenstudien genutzt, um Daten zu generieren und neue Erkenntnisse über Meinungen zur Sozialpolitik zu erlangen (vgl. Kootstra

2016; Zimmermann et al. 2018). Die vorliegende Studie soll anhand qualitativer und quantitativer Daten nach möglichen Argumentations- und Einstellungsmustern für die unterschiedliche Verwendung von den *Deservingness*-Kriterien fragen. Dazu werden zuerst der Forschungsstand, die relevanten Theorien und das Forschungsinteresse dargelegt. Im zweiten Teil werden die Methoden und die erhobenen Daten sowie anschließend die daraus folgenden Ergebnisse und die Diskussion vorgestellt.

Forschungsstand und theoretischer Rahmen

Deservingness

Die quantitative sozialwissenschaftliche Forschung zu *deservingness* basiert insbesondere auf Wim van Oorschots wegweisenden Studien (vgl. van Oorschot 2000; van Oorschot 2006; van Oorschot/Uunk 2007; Jeene et al. 2013; van der Waal et al. 2010). Van Oorschot (2000) befasst sich darin mit der Frage: Wer sollte was bekommen, und warum? Dabei analysiert er die Konditionalität von Solidarität und unterscheidet Konditionalist_innen (bzw. Selektionist_innen) und Universalist_innen als zwei Einstellungstypen in der Bevölkerung der westlichen Wohlfahrtsstaaten. Die Konditionalist_innen schreiben laut van Oorschot verschiedenen Zielgruppen (*target groups*) des Wohlfahrtsstaats anhand unterschiedlicher Kriterien ihre

” Hinter den verschiedenen *Deservingness*-Kriterien stehen jeweils komplexe und voraussetzungsvolle Konzepte von Gerechtigkeit, Zugehörigkeit und dem Verhältnis von Staat und Bürger_in.

jeweiligen sozialstaatlichen Ansprüche (ihre *deservingness*) zu. Dabei handelt es sich um fünf Kriterien, die den verschiedenen Gruppen zugeschrieben werden (vgl. van Oorschot 2000: 36): (1) *Control*: die Kontrolle über den Bedarf der Zielgruppe und ihre Verantwortung für ihren Bedarf und ihre Situation (beispielsweise das Alter, körperliche Einschränkungen etc.); je weniger Kontrolle, desto mehr Leistungen stehen der Gruppe zu. (2) *Attitude*: die Einstellung der Zielgruppe gegenüber der Unterstützung; je dankbarer und fügsamer, desto höher der Grad an *deservingness*. (3) *Reciprocity*: der Grundsatz der Gegenseitigkeit, also bereits etwas beigetragen oder geleistet zu haben oder beispielsweise nach Erwerbsarbeit zu suchen; je höher der (angenommene) Beitrag der Gruppe, desto mehr Ansprüche werden zugeschrieben. (4) *Identity*: Die (zugeschriebene) Identität der Zielgruppe bestimmt die Höhe der zugeschriebenen sozialstaatlichen Zuwendungen; je näher zum konstruierten ‚Wir‘, desto höher die Zuwendungen. Van Oorschot bezieht sich dabei nicht nur auf ethnische oder nationale *Otherring*, sondern auch auf mögliche andere Wir-Gruppen – Arbeitslose, Familien oder Ähnliches.

(5) *Need*: Je höher der Bedarf, desto höher die Zuwendungen.

Die zugeschriebenen Kombinationen der Kriterien *control*, *attitude*, *reciprocity*, *identity* und *need* (CARIN) sind folglich die Voraussetzung für das zgedachte Maß an wohlfahrtsstaatlicher Unterstützung durch Konditionalist_innen: Je weniger Kontrolle, je mehr Bedarf, je eher in der *In-group*, je dankbarer in der Einstellung und je entgegenkommender eine Person oder soziale Gruppe sei, desto mehr wird ihnen zugeschrieben, die Sozialleistungen verdient zu haben. In der Regel entstehe daraus folgendes Bild: Unterstützung verdienen in abnehmender Reihenfolge ältere Menschen, Kranke und Menschen mit Behinderung, Familien mit Kindern, Erwerbslose und Migrant_innen. Die Universalist_innen hingegen verwenden weniger oder gar keine CARIN-Kriterien, um den Bedarf bestimmter Gruppen zu bestimmen (vgl. van Oorschot 2000: 40).

Hinter den verschiedenen *Deservingness*-Kriterien stehen jeweils komplexe und voraussetzungsvolle Konzepte von Gerechtigkeit, Zugehörigkeit und dem

Verhältnis von Staat und Bürger_in. Die fünf Kriterien können deshalb vielleicht am besten als verdichtete Vorstellungen und Präferenzen von Menschen hinsichtlich bestimmter Prinzipien verstanden werden. Diese wiederum sind in das komplexe Wechselspiel von Interessen, Ideologien und Institutionen eingebettet (vgl. u.a. Hasenfeld/Rafferty 1989; Larsen 2006). Diese Komplexität wird bislang jedoch nur sehr begrenzt in der *Deservingness*-Debatte thematisiert. Insgesamt fehlt es an soziologischen Untersuchungen zu Begründungen und Hintergründen der fünf *Deservingness*-Kriterien, also der Beantwortung der Frage, welche Wertvorstellungen, Argumentationszusammenhänge und Weltansichten der Zuschreibung von *deservingness* zugrunde liegen. Dies liegt auch daran, dass das Feld der *Deservingness*-Forschung primär quantitative Daten nutzt. Untersucht werden meist statistische Zusammenhänge von Koeffizienten, beispielsweise anhand der TISSER-Solidarity Study (vgl. van Oorschot 2000) oder der European Values Study (vgl. van Oorschot 2006). Van Oorschot (2000: 41) aggregiert beispielsweise in seinen Beiträgen die Zustimmung zu den fünf Kriterien zu einem Konditionalität-Koeffizienten. Je mehr die Befragten die fünf *Deservingness*-Kriterien anwenden, desto stärker gelten sie als Konditionalist_innen (vgl. van Oorschot 2000: 40). Zur Erklärung der Konditionalität nennt van Oorschot drei unabhängige Variablen: persönliche

Eigenschaften („personal characteristics“, van Oorschot 2000: 40), Meinungen und Wahrnehmungen bezüglich des sozialen Sicherungssystems sowie generelle Werte und Einstellungen. Darüber hinaus beeinflussen soziodemographische Variablen wie Alter, Bildung oder sozio-ökonomischer Status statistisch signifikant die Konditionalität (vgl. van Oorschot 2000: 40-41). Ein Zusammenhang besteht auch zwischen der generellen Unterstützung des Wohlfahrtsstaats und der Konditionalität. Keine Zusammenhänge stellt van Oorschot (2000: 41) hinsichtlich der Konditionalität bei politischen Präferenzen – außer bei religiösen Rechten – und Arbeitsethik fest. Er lässt ebenfalls offen, welche Variablen auf welche konkreten *Deservingness*-Kriterien wirken.

Auch wenn somit in den quantitativen Studien in einem begrenzten Rahmen Erklärungen für *Deservingness*-Zuschreibungen herausgearbeitet wurden, kann über die tatsächliche Bedeutung und über den Argumentationszusammenhang der einzelnen Kriterien nur wenig ausgesagt werden. Beispielsweise liegt es nahe, dass Personen mit wirtschaftsliberalen Vorstellungen einem Narrativ der individuellen Eigenverantwortung folgen und daher vermutlich in Argumentationen zu *deservingness* verhältnismäßig häufiger das Kriterium der *reciprocity* nutzen. Nachzeichnen können variablenorientierte Studien solche Argumentationszusammenhänge jedoch nicht.

Allerdings gibt es verschiedene Ansätze, die die *Deservingness*-Kriterien unter anderem hinsichtlich ihrer zugrundeliegenden Moralvorstellungen oder Interessenlagen tiefergehend beleuchten, um hieraus wiederum erklärende Erkenntnisse über *Deservingness*-Zuschreibungen zu erlangen. Dies geschieht vor allem in den Debatten zu Zielgruppenbildern (*public images of target groups*), Wohlfahrtschauvinismus und gesellschaftlichen Vorstellungen zum Arbeitsbegriff, die im Folgenden kurz dargestellt werden sollen.

„Public images of target groups“ und Wohlfahrtschauvinismus

Die Stigmatisierung bestimmter Gruppen ist für die Legitimitätsdiskussion über die Zuweisung sozialstaatlicher Leistungen zentral. Zielgruppen „with a (more) negative public image are less supported by the public“ (van Oorschot/Roosma 2015: 12). Die Diskriminierung stigmatisierter Gruppen erfolgt laut van Oorschot und Roosma (2015) u. a. durch das „öffentliche Bild“. Was sich jedoch anhand der konstruierten stereotypen Gruppen wie den „undeserving poor“, „black welfare queens“, „lazy unemployed“ und „immigrants“ (van Oorschot/Roosma 2015) zeigt, ist, dass die Konstruktion dieser öffentlichen Bilder durch eine weiße, privilegierte und herrschende Sicht erfolgt. Diese herrschenden Stereotype sind in den USA stark rassistisch aufgeladen, während in Europa die Abwertung von „Arbeitslosen“ lange dominant

war (van Oorschot/Roosma 2015: 13). Aber auch hier hat eine Ethnisierung des Sozialen und Politischen stattgefunden, sodass Bommes und Geddes bereits seit 2000 von den Migrant_innen in Europa als „the new undeserving poor“ sprechen (Bommes/Geddes 2000). Auch Anouk Kootstra (2016) hat in ihrer Untersuchung zum Einfluss des Migrationshintergrunds auf die zugeschriebene *deservingness* in Großbritannien und den Niederlanden herausgearbeitet, dass sich die negative Wahrnehmung einer ethnischen Minderheit zwar relativiert, sobald ein positives Verhalten nachgewiesen wird (Jobsuche, bereits geleistete Erwerbsarbeit etc.). Die Reziprozität in van Oorschots Sinn scheint hier stärker zu gelten als die zugeschriebene Identität. Allerdings werden bei „negativem“ Verhalten – Migration im höheren Alter, keine Arbeitssuche, kurze bisherige Arbeitszeit, etc. – die ethnischen Minderheiten stärker sanktioniert als die britische oder niederländische Mehrheit (vgl. Kootstra 2016). Ethnische Minderheiten werden bei „falschem“ Verhalten mit einer starken Doppelmoral beurteilt (*double standard*, Kootstra 2016: 332).

An diese Studien zu *public images* schließen Arbeiten zum *Wohlfahrtschauvinismus* an. Die Auswirkungen von Migration und Diversität auf Einstellungen zum Sozialstaat sind umstritten. Einerseits wird beispielsweise von Alberto Alesina und Edward L. Glaeser (2004) die These aufgestellt,

Migration und ethnische Vielfalt schwächen die Unterstützung für sozialstaatliche Umverteilung, andererseits zeigt eine Studie von Steffen Mau und Christoph Burkhardt (2009: 225), dass ein höherer Anteil von Migrant_innen die Unterstützung für den Wohlfahrtsstaat nicht zwangsläufig schwächt und Alesinas und Glaesers Thesen „übertrieben“ sind. Brian Burgoon et al. (2012) argumentieren sogar, dass in Branchen, in denen Arbeitseinwanderung besteht, eine starke Umverteilung durch den Wohlfahrtsstaat gefordert wird, um Risiken wie Armut und Erwerbslosigkeit vorzubeugen. Dennoch deutet eine Reihe von Studien auf einen ausgeprägten Wohlfahrtschauvinismus in Europa hin. Der Wohlfahrtschauvinismus verbindet die *In-group*-Zugehörigkeit (in der Regel national definiert) mit wohlfahrtsstaatlicher Inklusion. Die starke Unterstützung eines Wohlfahrtsstaates für „uns“ geht mit einer Einschränkung der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen für „sie“ (ethnische Minderheiten, Migrant_innen etc.) einher (vgl. van Oorschot/Roosma 2015: 14). Ein enger Begriff von Wohlfahrtschauvinismus liegt vor, wenn Migrant_innen kategorisch von Leistungen ausgeschlossen werden sollen, während in einer weiten Auslegung des Wohlfahrtschauvinismus Migrant_innen als weniger anspruchsberechtigte Menschen wahrgenommen werden (vgl. van Oorschot/Roosma 2015: 14). Jeroen van der Waal et al. (2010) weisen darauf hin, dass untere Schichten einen starken Wohlfahrtsstaat

mit weitreichender Umverteilung eher befürworten, da dies im Interesse ihrer klassenspezifischen Sozialposition ist. Allerdings, und das zeigen auch die Studien zum sogenannten „ethnischen Wettbewerb“, muss die Befürwortung von Umverteilung nicht universalistisch gedacht werden. Sie kann auch identitätsbasierte Ausschlüsse gegen „sie“ – die Migrant_innen und Minderheiten – beinhalten (vgl. van der Waal et al. 2010). Ein theoretischer Ansatz erklärt das Auftreten von Wohlfahrtschauvinismus in den unteren Schichten anhand des materiellen Wettbewerbs mit ebenfalls schlechtgestellten Minderheiten und Migrant_innen, da die Arbeits- und Lebensbedingungen prekär sind und durch weitere Einwanderung verschlechtert werden könnten (vgl. Olzak 1992; van der Waal et al. 2010). Auch die Rassismus- und Vorurteilsforschung sowie die Theorie des „ethnischen Wettbewerbs“ knüpfen hier an. Auch sie verweisen auf die *In-group*- und *Out-group*-Konstruktionen anhand zugeschriebener Merkmale von Sozialgruppen und daraus abgeleitete Bewertungen.

Arbeitsmoral: Hegemonie und Ideologie der Erwerbstätigkeit

Van Oorschots quantitative Studien legen nahe, dass es keine signifikanten Zusammenhänge von inkorporierter Arbeitsethik und der Zuschreibung von *deservingness* gibt (vgl. van Oorschot 2000: 41; van Oorschot 2006). In bürgerlichen Gesellschaften stellt Erwerbsarbeit allerdings

die zentrale Voraussetzung zur Möglichkeit der Befriedigung der Bedürfnisse dar (vgl. Nachtwey 2014: 114). Trotz der sozialen Sicherungssysteme bleibt auch in den kapitalistischen Wohlfahrtsstaaten die „Bewertung und Rechtfertigung der menschlichen Existenz“ in einem erheblichen Maße an die Erwerbsarbeit gekoppelt, wie Michael Hirsch (2016: 45) feststellt. Hirsch (2016: 45) spricht daher von der „Hegemonie der Erwerbsarbeit“, die andere Lebens- und Arbeitsformen als defizitär erscheinen lässt, so zum Beispiel prekäre Arbeit, Arbeits- bzw. Erwerbslosigkeit, Teilzeitarbeit und unbezahlte, unsichtbare, meist weibliche *Care*-Arbeit. Die „Ideologie der Beschäftigung“ (Hirsch 2016: 72) ist im Wohlfahrtsstaat zentral, da selbst bei sinkender Produktivität oder steigendem technischen Fortschritt an der zu leistenden Arbeit (Stunden pro Woche, Renteneintrittsalter etc.) festgehalten wird oder diese sogar ausgebaut wird. Die Leistungen des Sozialstaats sind in der Regel an vorherige Leistungen durch Erwerbsarbeit gekoppelt.

Die hegemoniale Ideologie der Erwerbsarbeit und Beschäftigung spiegelt sich auch in den Subjekten, die sich durch geleistete Erwerbsarbeit vor der Gesellschaft rechtfertigen. Auch Pierre Bourdieu (1999: 115) und Loïc Wacquants (2010) Studien deuten auf eine Verschiebung im Sozialstaat durch die neoliberale Ideologie hin: Der zunehmend aktivierende Sozialstaat postuliert Wiedereingliederung in Erwerbsarbeit durch Fördern und Fordern oder wendet repressive *Workfare*-Regime an (vgl. Wacquant 2010). Die Ideologie der Lohnarbeit ist allerdings nicht nur als Herrschaftsfaktor zu sehen (vgl. Hirsch 2016: 71), sondern war beispielsweise auch in (kommunistischen) Arbeitermilieus, wenn auch vermittelt durch den ökonomischen Zwang, allgegenwärtig und positiv besetzt (vgl. Eribon 2017). Wenn im Folgenden von einer hohen Arbeitsmoral oder Arbeitsethik bei den Teilnehmer_innen des DF gesprochen wird, meint das eine starke Zustimmung einer Person zu dieser Ideologie der Erwerbsarbeit.

” Die Erwerbsarbeit als ideologische Konstante der bürgerlichen Gesellschaft kann somit [...] als zentrales Konzept hinter bestimmten Anwendungen der *Deservingness*-Kriterien beziehungsweise hinter Universalismus oder Konditionalität vermutet werden.

Forschungsfragen

Die Erwerbsarbeit als ideologische Konstante der bürgerlichen Gesellschaft kann somit – ebenso wie der Wohlfahrtschauvinismus – als zentrales Konzept hinter bestimmten Anwendungen der *Deservingness*-Kriterien beziehungsweise hinter Universalismus oder Konditionalität vermutet werden. Präferenzen für die CARIN-Kriterien könnten somit in einem spezifischen Argumentationszusammenhang stehen. Auf Basis der Annahme, dass *Deservingness*-Präferenzen verdichtete Einstellungen hinsichtlich bestimmter Grundprinzipien sind, fragt diese Arbeit deshalb zunächst, welche Argumentationsmuster hinter *Deservingness*-Präferenzen stehen und wie diese mit Faktoren wie politischer Präferenz und Einstellungen zu Wohlfahrtschauvinismus und Arbeitsmoral zusammenhängen. Um diese Frage zu beantworten, wird qualitatives Datenmaterial variablenorientiert ausgewertet, um bestimmte Schnittmengen von Einstellungen und *Deservingness*-Präferenzen herauszuarbeiten. Hieraus ergeben sich klare empirische Typen, die dann in einem zweiten Teil fallorientiert als Idealtypen dargestellt und auf ihre Argumentationsmuster hin untersucht werden. Zweitens wird mithilfe von qualitativem Coding untersucht, welche Kriterien für welche Zielgruppen angewandt werden. Das genaue Vorgehen wird im folgenden Abschnitt diskutiert.

Methode und Daten

Die Daten dieser Studie stammen aus zwei Quellen, die miteinander trianguliert werden. Erstens wurden die Gruppendiskussionen des DF ausgewertet: Berücksichtigt werden alle Äußerungen der Teilnehmer_innen des DF zu den sozialstaatlichen Zuwendungen und deren Bedingungen für die diskutierten Vignetten: „Maria ist 51 Jahre alt und bei guter Gesundheit. Sie ist seit einiger Zeit erwerbslos“ (erwerbslos) und „Adrian lebt seit kurzem in Deutschland und ist zurzeit erwerbslos. Er hat vorher in seinem Herkunftsland gearbeitet“ (migrantisch und erwerbslos). Wie oben gezeigt wurde, verbindet der Wohlfahrtschauvinismus die *In-group*-Zugehörigkeit mit wohlfahrtsstaatlichen Zuwendungen, daher wurden zwei Vignetten ausgewählt, die sich hinsichtlich des Migrationshintergrundes unterscheiden. Um einen Vergleich zu ermöglichen, wurde neben der sich unterscheidenden Dimension eine sich gleichende Dimension (Erwerbslosigkeit) herangezogen. Insgesamt sollen sich dadurch die verschiedenen Begründungsmuster der Teilnehmer_innen für die *deservingness* verschiedener Zielgruppen – insbesondere hinsichtlich der Vorstellungen zur Arbeit und Identität – analysieren lassen.

Die Gruppendiskussionen zu den Vignetten wurden codiert und anschließend quantitativ und qualitativ analysiert. Codiert wurde einerseits deduktiv nach van Oorschots

fünf *Deservingness*-Kriterien sowie induktiv nach expliziten Äußerungen zu *Arbeitsmoral* (*qualitativ*) (Beispiel: „da würde ich sagen, man muss sie verpflichten als Altenpflegerin zu arbeiten. Auch wenn sie das nicht gerne macht.“ Harald, ET2: 358) und *Bedingungslosigkeit* (Beispiel: „Der ist ein Mensch genauso wie ich. Der soll die gleichen Rechte haben wie ich [...].“ Cem, MIX2: 518). Die Zitierweise der Diskussionsbeiträge aus dem Deliberativen Forum wird in dem Beitrag von Heuer et al. in diesem Band erläutert. Die Anzahl und Zuordnung der Interviews sind in Abbildung 1 dargestellt. Die Codierung wurde so vorgenommen, dass jede einzelne Codierung der Äußerung eines Teilnehmenden entspricht. Alle Äußerungen können dabei mit mehreren Codes versehen sein.

Zweitens wurden die Ergebnisse aus den erhobenen Fragebögen (vgl. Online-Appendix, Pre-Survey-Fragebogen Fragen B7, B18, B25, B26) herangezogen. Die quantitative Messung des Wertes *Arbeitsmoral* (*quantitativ*) und des *Wohlfahrtschauvinismus* erfolgt durch die Bildung eines Scores als Summe aus den Antworten zu den Items „Menschen, die länger als ein Jahr erwerbslos sind, sollten jede Arbeit annehmen, die ihnen angeboten wird“ und „Jede arbeitsfähige Person sollte einer Erwerbsarbeit nachgehen“ (*Arbeitsmoral* (*quantitativ*)) sowie als Summe aus den Scores zu den Items „Es ist gerecht, wenn Menschen die schon länger hier leben mehr bekommen als Menschen, die neu

nach Deutschland kommen“ und „Es ist gerecht, wenn Deutsche mehr bekommen als Zuwanderer“ (*Chauvinismus*). Beide Werte finden sich in Abbildung 2 und liegen zwischen dem Minimum 2 und dem Maximum 10.

Aus der Art der Datenerhebung ergibt sich, dass es sich hierbei nicht um eine repräsentative Studie handelt. Quantitative Daten und Signifikanzen finden sich in anderen Studien (vgl. van Oorschot/Uunk 2007; Jeene et al. 2013). Auch aus dem politischen Bias ergibt sich eine Verzerrung, da die Anzahl der Personen mit linken, Hartz-IV-kritischen Positionen und Menschen aus der ökonomischen Unter- und unteren Mittelschicht überrepräsentiert sind. Allerdings sollen die quantitativen Werte in dieser Studie auf Tendenzen in den Gruppendiskussionen hindeuten, die dann durch die qualitativen Auswertungen gestützt werden. Es geht vor allem darum zu zeigen, welche Teilnehmer_innen-Typen welche *Deservingness*-Kriterien anwenden und mit welchen ideologischen und subjektiven Hintergründen sie dies tun. Darauf aufbauend wird in einem zweiten empirischen Schritt eine Typenbildung vorgenommen, die sich intensiver mit den Argumentationsmustern beschäftigt, die den *Deservingness*-Kriterien zugrunde liegen. Die Typen werden als Idealtypen präsentiert (vgl. Weber 1980 [1921]: 4-11), welche aus den vorliegenden Realtypen (Teilnehmer_innen) abgeleitet wurden.

Ergebnisse

Zuschreibungen von CARIN-Kriterien

Im Folgenden wird dargestellt, welche CARIN-Kriterien die Teilnehmer_innen des Deliberativen Forums für welche der beiden Vignetten genutzt haben. Hierzu wurden zunächst für die beiden untersuchten Vignetten („die erwerbslose Maria“ und der „migrierte erwerbslose Adrian“) alle *deservingness*-bezogenen Argumente codiert.

Bei der Verteilung der CARIN-Kriterien sind folgende Unterschiede deutlich geworden: Für die nicht-migrantisch erwerbslose Vignette „Maria“ gelten insbesondere *reciprocity*, *need* und *control*, während für die migrantisch-erwerbslose Vignette „Adrian“ eher *reciprocity* und *identity* gelten (vgl. Abbildung 1). Auffällig ist, dass *reciprocity* für beide Fälle die häufigste Kategorie darstellt. Die identitätsbasierte Zuschreibung erfolgt fast ausnahmslos zu „Adrian“ (in 23 von 24 Codierungen). Die Kategorien *need* und *control* werden für „Maria“ deutlich öfter herangezogen als für „Adrian“. Im Codierprozess wurden

Abbildung 1: *Deservingness-Kriterien, Arbeitsmoral und Bedingungslosigkeit – Ergebnisse des qualitativen Codierens (Anzahl der Äußerungen pro Kategorie)*

Vignette	Reciprocity	Attitude	Identity	Need	Control	Arbeitsmoral (qual.)	Bedingungslosigkeit (qual.)
„Maria“ (erwerbslos)	28	6	1	13	21	5	2
„Adrian“ (migriert und erwerbslos)	36	5	23	6	3	10	13

Quelle: Eigene Daten

sehr häufig explizite Äußerungen zu *Arbeitsmoral* sowie zu *Bedingungslosigkeit* in Argumentationsbegründungen gefunden. Daher wurden diese beiden induktiv abgeleiteten Codes in die Ergebnisse aufgenommen (Abbildung 1). Der Code *Arbeitsmoral* bezieht sich auf Äußerungen, in denen Teilnehmer_innen explizit auf eine starke *Arbeitsmoral* – im Sinne der Hegemonie der Erwerbstätigkeit (s. o.) – verweisen. Im Gegensatz dazu steht der Code *Bedingungslosigkeit*, welcher Äußerungen von Teilnehmer_innen kennzeichnet, die Konditionalität für Sozialleistungen ablehnen, wie beispielsweise Argumente für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Auffällig bei den Ergebnissen hierzu ist, dass diese beiden Codes weit häufiger bei „Adrian“ als bei „Maria“ auftreten (vgl. Abbildung 1). Einerseits wird von einigen Teilnehmer_innen eine starke *Arbeitsmoral* betont, zu der sie „Adrian“ als Migrant verpflichtet sehen. Andererseits wird auch besonders häufig eine *Bedingungslosigkeit* bezüglich „Adrian“ deutlich gemacht. Hier zeigen sich bereits erste stark divergierende Argumentationsmuster. Aus dem qualitativen Material lässt sich ableiten, dass sich die Äußerungen zur *Bedingungslosigkeit* bei „Adrian“ insbesondere gegen die hohen Ansprüche richten, die in den Deliberativen Foren an ihn gestellt wurden. Bei der Diskussion um die Vignette „Maria“ wird zwar weniger oft die *Bedingungslosigkeit* betont, allerdings werden die ihr zustehenden Leistungen im Gegensatz zu „Adrian“

deutlich öfter anhand von *need* und *control* bemessen. Die Hintergründe dieser Muster – das heißt, welche Teilnehmer_innen welche Kriterien verwenden – sollen im Folgenden weiter ergründet werden.

Schnittmengen von Einstellungen und *Deservingness*-Präferenzen

Wie oben beschrieben, wurde in diesem Schritt variablenorientiert untersucht, ob zwischen den verwendeten *Deservingness*-Kriterien und den Einstellungen zu *Arbeitsmoral* und Wohlfahrtschauvinismus Zusammenhänge im Sinne von Überschneidungen bestehen. Um nun die Schnittmengen herauszuarbeiten, muss analysiert werden, welche Teilnehmer_innen welche Kriterien herangezogen haben und wie diese Teilnehmer_innen zu bestimmten Prinzipien stehen. Hierzu wurden die oben erwähnten Daten aus dem Fragebogen zu *Arbeitsmoral*, Wohlfahrtschauvinismus und politischer Präferenz herangezogen. Die Spalten 2-7 in Abbildung 2 zeigen die Häufigkeit der vergebenen Codes zu van Oorschots CARIN-Kriterien sowie einer expliziten *Bedingungslosigkeit* aus dem qualitativen Material. Rechts sind die Parteipräferenz sowie die Werte zu *Arbeitsmoral* und Chauvinismus aus dem Fragebogen eingetragen.

Abbildung 2: Deservingness-Kriterien, Bedingungslosigkeit, Präferenzen und Einstellungen der Teilnehmenden

Name	Reciprocity	Attitude	Identity	Need	Control	Bedingungslosigkeit	Politische Präferenz	Arbeitsmoral (quant.)	Chauvinismus (quant.)
Typ 1: Arbeits- und identitätsbezogene Konditionalist_innen									
Viola	15	2	6		3			6	10
Michael	10	1	1		3		Die Linke	10	6
Jakob	7	1	8	1			AfD	10	9
Holger	7	2	1	4			CDU	10	6
Theodor	7	2	2		2		CDU	5	4
Daniele	4	1	3				CDU	5	5
Typ 2: (Linke) Konditionalist_innen mit Fokus auf need und control									
Harald	2			1	3	1	Die Linke	7	3
Ruth	2				2		Grüne	5	3
Sabine	1	1	2	1	4		Die Linke	4	5
Lore	1	1		2		1	Die Linke	2	2
Doris	1			2	1		Die Linke	5	3
Runa				2	1		Grüne	3	5
Typ 3: Universalist_innen									
Anna	2			2	1	3	Die Linke	6	4
Günther	1			2	3	2	Die Linke	6	4
Hakan	1				1	1	SPD	3	2
Heiko				2	1	2	Die Linke	4	2
Lena						6	Die Linke	3	2
Ø	3,6	0,6	1,4	1,1	1,5	0,9		5,5	4,4

Anzahl der Äußerungen pro Teilnehmer_in zu *Deservingness*-Kriterien, Bedingungslosigkeit (qualitativ), politische Präferenz (aus dem Fragebogen), Scoring im Fragebogen zu Arbeitsmoral und Chauvinismus. Absteigend sortiert nach Anzahl der Reciprocity-Äußerungen. Nur Teilnehmer_innen mit einer relevanten Anzahl (>2) an Äußerungen zu den *Deservingness*-Kriterien oder zur Bedingungslosigkeit werden abgebildet. Grau hinterlegt sind überdurchschnittliche Werte.

Quelle: Eigene Daten

Die zweite Abbildung zeigt, dass die Teilnehmenden mit den häufigsten Bezügen zu *reciprocity*, *attitude* und zu *identity* tendenziell zu Parteipräferenzen Mitte-Rechts neigen. Sie weisen darüber hinaus einen hohen Chauvinismus und eine stark ausgeprägte Arbeitsmoral auf. Teilnehmer_innen in den unteren beiden Dritteln der Tabelle beziehen sich häufig auf *need* und *control* und weisen geringe und unterdurchschnittliche Werte bei Arbeitsmoral und Chauvinismus auf. *Control* ist relativ weit gestreut. Hieran schließt zunächst die Frage an, auf wen sich die jeweiligen Teilnehmer_innen mit der Zuschreibung von *need* und *control* beziehen: auf die Vignette „Maria“ oder „Adrian“? Holger beispielsweise hat zwar vier Mal auf *need* zur Zuschreibung von *deservingness* ver-

wiesen. Die qualitativen Daten zeigen, dass er allerdings alle auf „Maria“ bezieht. Keiner seiner Bezüge zu *need* richtet sich auf den migrierten „Adrian“. Für „Adrians“ *deservingness* kommen für Holger nur *reciprocity*, *attitude* und *identity* infrage. Auch *control* wird im oberen Bereich der Abbildung 2 in der Regel lediglich auf „Maria“ und nicht auf „Adrian“ bezogen: Viola bezieht zwei von drei, Michael drei von drei und Theodor zwei von zwei Mal das Kriterium *control* auf „Maria“. Wie bereits in Abbildung 1 gezeigt, wurde *control* insgesamt in den meisten Fällen auf „Maria“ bezogen. Für die oberen sechs Teilnehmenden sind die Kategorien *control* und *need* also für „Maria“ vorbehalten, während „Adrian“ fast ausschließlich anhand von *reciprocity*, *attitude* und *identity*

Abbildung 3: Abstraktion der Inhalte von Abbildung 2 - CARIN-Kriterien, Bedingungslosigkeit, Politische Präferenz, Arbeitsmoral und Chauvinismus der drei Typen

	CARIN-Kriterien	Argumente zur Bedingungslosigkeit	Politische Präferenz	Arbeitsmoral (quant.)	Chauvinismus (quant.)
Typ 1: Arbeits- und identitäts-bezogene Konditionalist_innen	Reciprocity Attitude Identity (Control)	Keine	Mitte-Rechts	Über Durchschnitt	Über Durchschnitt
Typ 2: (Linke) Konditionalist_innen mit Fokus auf need und control	Need	Wenige	Links	Unter Durchschnitt	Unter Durchschnitt
Typ 3: Universalist_innen	Control	Viele	Links	Durchschnitt	Unter Durchschnitt

Quelle: Eigene Daten

bewertet wird. Daher ist das Kriterium *control* in Abbildung 3 eingeklammert. Die Bedingungslosigkeit taucht nicht im Bereich der oberen sechs Teilnehmenden in Abbildung 2 auf, sondern konzentriert sich deutlich in der unteren Tabellenhälfte.

Zusammenfassend zeigt Abbildung 3, dass es drei verschiedene Gruppen gibt, die jeweils einen spezifischen Zusammenhang der Verwendung der *Deservingness*-Kriterien und der angegebenen Einstellungen zu Arbeitsmoral und Wohlfahrtschauvinismus sowie der Parteipräferenz aufweisen: Erstens die arbeits- und identitätsbezogenen Konditionalist_innen, welche sich politisch eher Mitte-Rechts einschätzen und hohe Werte bei Arbeitsmoral und Chauvinismus haben. Zweitens die linken Konditionalist_innen mit Fokus auf Bedarf und Kontrolle der Zielgruppen und drittens die Universalist_innen, welche die Verwendung von Kriterien (eher) ablehnen und beispielsweise das bedingungslose Grundeinkommen fordern. In einem nächsten empirischen Schritt werden diese Gruppen nun als Idealtypen im Sinne Webers (1980 [1921]) konstruiert und fallorientiert auf ihre Argumentationsmuster bezüglich der *deservingness* näher betrachtet.

Typenbildung

Typ 1: Arbeits- und identitätsbezogene Konditionalist_innen: „Du bist hier aufgewachsen, du hast hier gearbeitet.“

Im ersten Fall tritt eine Neigung zum Konservatismus bis hin zur Rechten tendenziell mit einer stärkeren Ausprägung von hoher Arbeitsmoral und identitätsbezogenem Denken auf, die dabei zur Bewertung von *deservingness* anhand der Kriterien *reciprocity*, *attitude* und *identity* neigen. Holger traf beispielsweise sieben Äußerungen zu *reciprocity*, erreicht laut Fragebogen den maximalen Wert von zehn bei Arbeitsmoral und den überdurchschnittlichen Wert sechs bei Chauvinismus. Zum Thema Erwerbslosigkeit, Erwerbsarbeit und Aktivierung im Sozialstaat betont er die Bedeutung von Sanktionen:

Ja, da muss schon mit Sanktionen gearbeitet werden, [...] weil der Idealfall [neuer Job mit dem gleichen Lohn; Anm. R. T.] tritt doch in den wenigsten Fällen ein, das ist doch Zufallsprinzip. Aber wenn ich eben sage, wenn ich wirklich das Bedürfnis hab, wieder in Arbeit zu kommen und auch den sozialen Aspekt noch betrachte, ich komme wieder unter die Leute, ich genieße gesellschaftliche Anerkennung, das ist ja auch ein gewisser Wert, der zwar sich nicht in Geld ausdrückt, aber

da muss ich doch den Kompromiss finden zu sagen, selbst wenn es 300 Euro weniger sind, ich bin heilfroh, ich bin wieder am Netz. (Holger, MIX2: 244)

Hier zeigt sich die von Hirsch (2016: 45-72) als „Ideologie der Beschäftigung“ beschriebene Einstellung, die den Menschen nach seiner geleisteten Arbeit bemisst, Erwerbstätigkeit zur Norm und zum Lebenssinn stilisiert. Gesellschaftliche Anerkennung erfolgt durch Erwerbsarbeit, ihr wird ein „Wert an sich“ („gesellschaftliche Anerkennung“, „gewisser Wert“) zugemessen (Hirsch 2016). Sie wird damit zum Selbstzweck, der den ökonomischen Aspekt in den Hintergrund treten lässt („selbst wenn es 300 Euro weniger sind“). Diese Maßstäbe werden auch von Viola, Michael, Jakob und anderen herangezogen, um die Leistungen zu bemessen, die der jeweiligen Zielgruppe zustehen.

Bezüglich der *Identity*-Kategorie wären auch weitere *In-group/Out-group*-Formationen denkbar gewesen („wir“ die Erwerbstätigen, „wir“ die Familien, „wir“ die Erwerbslosen etc.). Allerdings tritt dieses Kriterium lediglich einmal bei der Vignette zu „Maria“ (Erwerbslosen-Vignette), aber 23 Mal bei „Adrian“ (migrantisch-erwerbslose Vignette) auf (vgl. Abbildung 1). Viola führt bei der Diskussion um die *deservingness* zur Vignette „Adrian“ an:

Und das heißt also, wir kriegen dann eine ganze Menge Leute und es gibt soziale Unruhen, weil das einfach nicht mehr bewältigbar ist. Also ich muss doch einfach als Bürger eines Landes Vorteile haben gegenüber Nichtbürgern in meinem Land. (Viola, MIX2: 478)

Die Teilnehmerin weist einen durchschnittlichen Wert zur Arbeitsmoral auf, aber den maximalen zum Chauvinismus. Viola liefert 15 Beiträge bezüglich *reciprocity* und weitere sechs zu *identity*. Als beispielhaft kann Violas Antwort auf Annas kritische Nachfrage zur identitätsbasierten Zuschreibung von *deservingness* gelten:

Ich habe eine kurze Frage: Also ich lebe schon, also ich bin Polin, ich hab noch immer die polnische Staatsbürgerschaft und bin aber hier aufgewachsen, bin hier zur Schule gegangen, habe hier auch gearbeitet und nur, weil ich jetzt aus einem anderen Land komme, sollten mir jetzt nicht die gleichen Leistungen zustehen?“ [...] Viola: „Du bist hier aufgewachsen, du hast hier gearbeitet. (Anna, MIX2: 479ff.)

Auch Anna selbst weist in ihrem Beitrag auf die inkorporierte Ideologie der Erwerbsarbeit hin („ich habe hier gearbeitet“), versucht damit allerdings den starken Chauvinismus, der von Viola vorgetragen wird, zu kritisieren. Viola reagiert mit einer direkten Verbindung von *identity* (Aufwachsen) und

reciprocity (Arbeiten), die für sie zur Bemessung der *deservingness* zentral sind. Die *In-group/Out-group*-Konstruktion (vgl. van Oorschot/Roosma 2015) verbindet sich mit der Ideologie der Arbeit (vgl. Hirsch 2016) zu einem ausgeprägten Wohlfahrtschauvinismus, der sich wiederum auf die Bewertung von Zielgruppen durch Zugehörigkeit (*identity*) und Gegenleistung (*reciprocity*) auswirkt.

Identity und *reciprocity* werden miteinander verknüpft. Gerade um der Zielgruppe Migrant_innen Leistungen zu- und abzusprechen werden die Leistungen oft an *reciprocity* geknüpft. Die Gruppenzugehörigkeit wird in diesen Fällen mit erbrachten oder zu erbringenden Leistungen (meist bezogen auf Erwerbsarbeit) verbunden:

Ne, ich würde das insofern verstehen, wenn man das differenziert. Und sagt, du kommst hier her, du darfst sofort arbeiten, das ist OK. Aber wenn ich nicht arbeite, würde ich nicht sofort unterstützen, weil (..) warum? (Viola, MIX2: 488)

Wenn er [...] erwerbsbeschäftigt wäre, dann sollte er die Rechte wie jeder Deutsche, also wie jeder andere Beschäftigte in Deutschland [haben]. (Rüdiger, ET2: 1021)

Typ 2: (Linke) Konditionalist_innen mit Fokus auf need und control: „Wenn die Leute hier sind, dann brauchen die Geld.“

Der zweite Typ zeigt eine Neigung zur Linken, hat eine weniger stark ausgeprägte Arbeitsethik, weniger chauvinistisches Denken und stellt meist Bezüge zu den *Deservingness*-Kriterien *need* und *control* her. *Reciprocity*, *attitude* und *identity* spielen bei diesem Typ selten eine Rolle für die Bewertung der *deservingness* einer Zielgruppe. Lediglich Harald, der diesem Typus tendenziell zugeordnet werden kann, weist eine überdurchschnittliche Zustimmung zur Arbeitsmoral auf. Entsprechend dazu bezieht er sich zwei Mal auf *reciprocity*. Andererseits beruft er sich auch einmal auf Bedingungslosigkeit, neigt zur politischen Linken und hat einen relativ geringen Chauvinismus. Er könnte am ehesten noch einem Zwischentyp entsprechen. Stellvertretend für den zweiten Typ steht beispielsweise Lore, die sich auf *need* bezieht und die *deservingness* einer Person oder Gruppe von deren Bedarf abhängig macht. Das schließt an ihre Wertvorstellungen zu Arbeit und Chauvinismus an. Hier hat sie die kleinstmöglichen Werte (2/2). Auch Runa (Parteipräferenz: Bündnis90/Die Grünen) mit geringen Werten auf der Arbeitsmoral-Skala und durchschnittlichem Chauvinismus verweist mehrfach auf *need* als Kategorie der *deservingness*: „Wenn die Leute hier sind, dann brauchen

die Geld.“ (Runa, MIX2: 551) Günther wählt links, misst der Arbeitsmoral (6) eine etwa durchschnittliche Bedeutung zu, hat einen unterdurchschnittlichen Chauvinismus, bezieht sich zweimal auf *need* und dreimal auf *control*. Günther könnte auch schon als Mischtypus mit dem folgenden, universalistischen Typs gelten:

Ich würde sagen, er hat genau wie die anderen Menschen auch, ob das nun Deutsche sind oder Nichtdeutsche irgendwie auch Bedürfnis nach Ernährung, Bekleidung oder irgend so etwas. [...] [D]ann hat er den gleichen Anspruch wie ein Deutscher auch. (Günther, EL2: 665)

Während, wie dargelegt, die oberen Teilnehmer_innen des Typs 1 *control* und *need* lediglich auf „Maria“ beziehen, verweisen die Teilnehmer_innen des zweiten Typs auch bei „Adrian“ regelmäßig auf diese Kriterien, wenn auch generell diese beiden Kriterien häufiger mit „Maria“ verbunden werden. Sie sehen auch „Adrian“ als bedürftig und mit relativ wenig Kontrolle über seine Situation an und leiten daraus seine *deservingness* ab, nicht aus seiner Zugehörigkeit zur *In-group* oder seiner geleisteten Arbeit. *Identity* und *reciprocity* sind hier weniger häufig gezählt worden, da die Hegemonie der Erwerbsarbeit und der allgemeine Wohlfahrtschauvinismus hier weniger stark verbreitet sind.

Typ 3: Universalistischer Typ: „...genauso behandelt werden sollen wie Menschen, die hier geboren sind.“

Drittens lässt sich ein universalistischer Typ herausarbeiten, der durch die Ablehnung von Bedingungen auf einen humanistischen Universalismus verweist: „Der ist ein Mensch genauso wie ich. Der soll die gleichen Rechte haben wie ich.“ (Cem, MIX2:518) Diese Personen grenzen sich in den Diskussionen vor allem vom ersten Typ ab und lehnen einen arbeits- und identitätsbasierten Chauvinismus ab. Die besonders starke Betonung der Bedingungslosigkeit wurde ebenfalls ersichtlich und trat 13 Mal bei der Vignette „Adrian“ und zwei Mal bei der Vignette „Maria“ auf (vgl. Abbildung 1). Die Betonung des Universalismus erfolgte hauptsächlich durch Lena, Anna, Günther, Heiko, Hakan und Cem, die ähnliche politische Einstellungen und Werte bei Chauvinismus und Arbeitsmoral haben (vgl. Abbildung 2): Sie neigen eher zur politischen Linken sowie (wenn überhaupt) zu den Kategorien *need* und *control* und weisen geringere Werte auf der Arbeitsethos- und Chauvinismusskala auf. Lena beispielsweise verweist sechsmal auf ihre universalistischen Ideale, wählt links und erreicht sehr niedrige Werte bei Arbeitsmoral und Chauvinismus:

Ich finde, wenn Adrian herkommt und einen Antrag auf ALG II stellt, sollte er von Anfang an genau denselben Satz kriegen wie jeder Bürger, der einen deutschen Pass hat. [...] Denn ich sage, dass alle Menschen, egal wo sie sind, gleich (...) also das Gleichheit vorherrschen sollte. [...] [U]nd wenn sie dann nach Deutschland kommen, [...] genauso behandelt werden sollen wie Menschen, die hier geboren sind. (Lena, EL2: 669)

104 Aufgrund ihrer kritischen Haltung gegenüber dem Ideal der Erwerbsarbeit und den *In-group/Out-group*-Konstruktionen lehnen sie *reciprocity* und *identity* als relevante Kriterien der Zuschreibung von Leistungen ab. Am ehesten verweisen sie noch auf den hohen Bedarf, den (migran- tische) Erwerbslose haben und unterstützen in hohem Maße die bedingungslose Leistungszuwendung zu den Vignetten „Adrian“ und „Maria“.

Diskussion und Fazit

Die Verbindung qualitativer und quanti- tativer Ergebnisse durch die Daten des Deliberativen Forums ermöglicht die Beantwortung der eingangs gestellten Forschungsfragen. Die Ergebnisse haben zunächst die Frage beantwortet, welche *Deservingness*-Kriterien für welche Ziel- gruppe angewandt werden. Es hat sich

gezeigt, dass die zugeschriebene Gegen- seitigkeit (*reciprocity*) für die migrantische („Adrian“) als auch nicht-migrantische („Maria“) Vignette von Bedeutung war. *Identity* wurde lediglich auf „Adrian“ an- gewandt, während *need* und *control* vor allem für die Bewertung der *deservingness* von „Maria“ zentral waren. Diese Ergeb- nisse waren Ausgangspunkt für die ver- tiefenden Betrachtung der Begründungs- zusammenhänge für die unterschiedliche Zuschreibung von Sozialleistungen. Daher wurden zweitens Zusammenhänge von Ar- gumentationsmustern für sozialpolitische Zuschreibungen (*Deservingness*-Kriterien) und Einstellungen (politische Präferenz, Arbeitsmoral, Wohlfahrtschauvinismus) herausgearbeitet. Es hat sich gezeigt, dass die Zuschreibung von möglichen Leistungen nicht zufällig verteilt ist, son- dern in komplexe Argumentations- und Einstellungsmuster eingebettet ist.

Auch wenn die Ergebnisse aufgrund der eingeschränkten Repräsentativität nicht generalisierbar sind, erweitern sie den- noch die Perspektive der quantitativen Forschung um einige neue Aspekte: Es wurde gezeigt, dass bestimmte sozial- politische Zuschreibungen mit bestimmten Einstellungen logische Zusammenhänge bilden. Durch die qualitative Auswertung der Daten aus dem Deliberativen Forum konnten unterschiedliche Gruppen fest- gemacht werden, die zu drei Idealtypen ausgearbeitet wurden:

Der Typ 1 – *arbeits- und identitätsbezogene Konditionalist_innen* – hat eine politische Tendenz nach rechts. Der Typ erwartet von Zielgruppen des Sozialstaats, dass sie einer Erwerbsarbeit nachgehen oder zumindest danach suchen, dankbar sind und zu den konstruierten *In-groups* gehören. Die Zuschreibung von Sozialleistungen erfolgt daher insbesondere aufgrund von Arbeit und Zugehörigkeit. Von Personen mit Migrationshintergrund erwartet Typ 1 besonders hohe Leistungsbereitschaft und gesteht ihnen trotzdem weniger Leistungen zu. Die rechten Konditionalist_innen schreiben Sozialleistungen aufgrund der Bedürftigkeit und der Verantwortlichkeit für ihre Situation daher eher nicht-migrantischen Personen zu. Mit diesen Argumentationsmustern gehen in der Regel starke chauvinistische sowie identitätsbezogene Einstellungen und eine hohe Zustimmung zur Arbeitsmoral einher.

Zum dem zweiten herausgearbeiteten Typ zählen die *Konditionalist_innen mit Fokus auf need und control*, die eine politische Tendenz nach links haben. Bei der Zuschreibung von Sozialleistungen ziehen sie insbesondere den hohen Bedarf von Leistungen sowie die geringe Kontrolle über die Situation von Personen heran. Identitätsbezogene Einstellungen treten in den Argumentationszusammenhängen von Typ 2 in der Regel nicht auf. Außerdem ist es diesem Typ nicht wichtig, ob eine Person bereits viel zum Sozialstaat beigetragen hat, um selbst Leistungen zu erhalten. Mit diesen Zuschreibungen von Sozialleistungen gehen bei diesem Typ eine eher geringe Arbeitsmoral und ein geringer Wohlfahrtschauvinismus einher.

Der Typ 3 – *die Universalist_innen* – zeigt sich gerade in seiner Ablehnung von Konditionalität und in ihrer Zustimmung zur Bedingungslosigkeit. Dieser Typ bezieht sich auf einen Universalismus und schreibt

”

Es hat sich gezeigt, dass politische Einstellungen, die Vorstellungen zum Wert der Arbeit und identitätsbasierte Exklusion durch eine wohlfahrtschauvinistische *In-group/Out-group*-Konstruktion im Zusammenhang mit konkreten Vorstellungen zur *deservingness* und den einzelnen zugeschriebenen Kriterien stehen.

allen Zielgruppen bedingungslose Leistungen des Sozialstaats zu, also auch unabhängig von ihrer Herkunft oder der Eigenleistung. Wie für Typ 2 sind auch für Typ 3 die Beteiligung an Erwerbsarbeit und (national-konstruierte) Gruppenzugehörigkeit keine ausschlaggebenden Kriterien. Chauvinistische Einstellungen sowie eine hohe Arbeitsmoral sind kaum vorhanden. Damit stehen sie in starkem Gegensatz zu Typ 1.

Mit diesen Ergebnissen konnten die bereits bestehenden Forschungen zu *deservingness* erweitert werden. Van Oorschots quantitative Daten zeigen keine signifikanten Zusammenhänge zwischen politischer Präferenz oder Arbeitsethik und den Bedingungen für Sozialleistungen auf (vgl. van Oorschot 2000: 41). Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen jedoch ein anderes Bild: Es hat sich gezeigt, dass politische Einstellungen, die Vorstellungen zum Wert der Arbeit und identitätsbasierte Exklusion durch eine wohlfahrtschauvinistische *In-group/Out-group*-Konstruktion im Zusammenhang mit konkreten Vorstellungen zur *deservingness* und den einzelnen zugeschriebenen Kriterien stehen. Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse, dass die verhandelten CARIN-Kriterien Ausdruck von tieferliegenden Werten und Einstellungen sind, welche in den Deliberativen Foren konkret wurden.

LITERATUR

Alesina, Alberto/Glaeser, Edward (2004): *Fighting poverty in the US and Europe: A world of difference*. Oxford: Oxford University Press.

Bommes, Michael/Geddes, Andrew (2000): *Immigration and Welfare: Challenging the Borders of the Welfare State*. London: Psychology Press.

Bourdieu, Pierre (1999): *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*. Frankfurt/Main: Büchergilde Gutenberg.

Burgoon, Brian/Koster, Ferry/van Egmond, Marcel (2012): Support for redistribution and the paradox of immigration. In: *Journal of European Social Policy Jg. 22/3*, S. 288-304.

Eribon, Didier (2017): *Rückkehr nach Reims*. Berlin: Suhrkamp.

Hasenfeld, Yeheskel/Rafferty, Jane (1989): The Determinants of Public Attitudes Toward the Welfare State. In: *Social Forces Jg. 67/4*, S. 1027-1048.

Hirsch, Michael (2016): *Die Überwindung der Arbeitsgesellschaft. Eine politische Philosophie der Arbeit*. Wiesbaden: Springer VS.

Jeene, Marjolein/van Oorschot, Wim/Uunk, Wilfred (2013): Popular criteria for the welfare deservingness of disability pensioners: The influence of structural and cultural factors. In: *Social Indicators Research Jg. 110/3*, S. 1103-1117.

Kootstra, Anouk (2016): *Deserving and Undeserving Welfare Claimants in Britain and the Netherlands: Examining the Role of Ethnicity and Migration Status Using a Vignette Experiment*. In: *European Sociological Review Jg. 32/3*, S. 325-338.

Larsen, Christian Albrekt (2006): *The Institutional Logic of Welfare Attitudes: How Welfare Regimes Influence Public Support*. Routledge: London.

Mau, Steffen/Burkhardt, Christoph (2009): Migration and welfare state solidarity in Western Europe. In: *Journal of European Social Policy Jg. 19/3*, S. 213-229.

Nachtwey, Oliver (2014): Arbeit, Lohnarbeit und Industriearbeit. In: Artus, Ingrid/Krause, Alexandra/Nachtwey, Oliver/Notz, Gisela/Reitz, Tilman/Vellay, Claudius/Weyand, Jan (Hrsg.): Marx für SozialwissenschaftlerInnen. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer, S. 109-133.

Olzak, Susan (1992): The dynamics of ethnic competition and conflict. Stanford: Stanford University Press.

van der Waal, Jeroen/Achterberg, Peter/Houtman, Dick/de Koster, Willem/Manevska, Katerina (2010): 'Some are more equal than others': Economic egalitarianism and welfare chauvinism in the Netherlands. In: Journal of European Social Policy Jg. 20/4, S. 350-363.

van Oorschot, Wim (2000): Who should get what, and why? On deservingness criteria and the conditionality of solidarity among the public. In: Policy and Politics Jg. 28/1, S. 33-48.

van Oorschot, Wim (2006): Making the difference in social Europe: deservingness perceptions among citizens of European welfare states. In: Journal of European Social Policy Jg. 16/1, S. 23-42.

van Oorschot, Wim/Roosma, Femke (2015): The social legitimacy of differently targeted benefits. In: ImPRovE Working Papers No. 15/11. Antwerp: Herman Deleeck Centre for Social Policy - University of Antwerp.

van Oorschot, Wim/Uunk, Wilfred (2007): Multi-level determinants of the public's informal solidarity towards immigrants in European welfare states. In: Mau, Steffen/Veghte, Benjamin (Hrsg.): Social justice, legitimacy and the welfare state. Aldershot: Ashgate, S. 217-238.

Wacquant, Loïc (2010): Crafting the Neoliberal State: Workfare, Prisonfare and Social Insecurity. In: Sociological Forum Jg. 25/2, S. 197-220.

Weber, Max (1980 [1921]): Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen: Mohr Siebeck.

Zimmermann, Katharina/Heuer, Jan-Ocko/Mau, Steffen (2018): Changing preferences towards redistribution: How deliberation shapes welfare attitudes. In: Social Policy and Administration Jg. 52/5, S. 969-982.

ZUM AUTOR

Robert Tiede studierte Sozialwissenschaften in Gießen, Leicester (GB) und Berlin. Thema seiner Masterarbeit war die Externalisierung im europäischen Grenzregime. Zurzeit arbeitet er als studentischer Mitarbeiter im SFB-Projekt „Die Grenzen der Welt“ an der Humboldt-Universität zu Berlin und leitet das Bachelor-Seminar „Soziologische Theorien der Rechts-extremismusforschung“.

Der Beitrag wurde von **Tanja Strukelj** lektoriert.